

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0280/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 29.11.2021
		Verfasser/in: FB 61/010 // Dez. III
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.09.2021, öffentlicher Teil		
Ziele: keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2021	Planungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 23.09.2021, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 23.09.2021, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 23.09.2021
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Tivoli Aachen - Club Lounge 1, Krefelder Straße 205, 52070 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Michael Rau	Vorsitzender
Bürgermeister Norbert Plum	
Ratsherr Christoph Allemand	
Ratsherr Harald Baal	
Herr Marc Beus	
Ratsherr Dr. Sebastian Breuer	
Ratsfrau Julia Brinner	
Ratsherr Carsten Schaadt	
Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer	Vertretung für: Ratsfrau Gaby Breuer
Frau Maria Dörter	
Herr Alexander Gilson	
Herr Johannes Hucke	
Herr Ernst-Rudolf Kühn	
Herr Tobias Küppers	
Herr Prof. Joachim Loseck	Vertretung für: Ratsherrn Wilhelm Helg

Herr Dieter Müller
Herr Peter Schiefer
Herr Ralf Demmer

Abwesende:

Ratsfrau Gaby Breuer	entschuldigt
Herr Martin Claes	entschuldigt
Ratsherr Wilhelm Helg	entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff	Dez. III
Herr Beckers	FB 13
Frau Dr. Bollwerk	FB 30
Frau Clemens	FB 63
Herr Geßmann	FB 37
Herr Jansen	Dez. III
Herr Kemperdick	FB 23
Herr Lambertz	E 26
Frau Lorenzen	FB 63
Frau Ohlmann	FB 61
Herr Schavan	E 26
Herr Schmitz	FB 02
Herr Schuster	FB 60
Frau Strehle	FB 61

als Schriftführerin:

Frau Vohn	FB 61
-----------	-------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.08.2021, öffentlicher Teil**

- 3 **Wettbewerb KiTa und Sporthallen Franzstraße**
Vorlage: E 26/0047/WP18

- 4 **Einrichtung einer Stabsstelle 'Campus Aachen'**
Ratsantrag der SPD-Fraktion im Rat vom 16.12.2020
Vorlage: FB 61/0217/WP18

- 5 **4. Feuer- und Rettungswache - Standort Robert-Schuman-Straße/ Siegelallee;**
hier: Grundsatzentscheidung
Vorlage: FB 61/0204/WP18

- 6 **Bebauungsplan Nr. 997 -Kurbrunnenstraße/Bachstraße-**
hier: Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0228/WP18

- 7 **Bebauungsplan Nr. 1000 N - Erweiterung Uniklinik**
hier:
 - **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie über das Ergebnis der erneuten Beteiligung gemäß § 4a (3) BauGB**
 - **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB sowie über das Ergebnis der erneuten Beteiligung gemäß § 4a (3) BauGB**
 - **Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 4a (3) BauGB**
 - **Empfehlung zum Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB****Vorlage: FB 61/0231/WP18**

8 **RA_616_17 - Digitaler Bauantrag - Teilnahme der Stadt Aachen am Bauportal.NRW**
Vorlage: FB 63/0001/WP18

9 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.08.2021, nichtöffentlicher Teil:**

2 **Private Bauvorhaben:**

3 **Umsetzung Masterplan Sportpark Soers - interfraktioneller Ratsantrag vom 01.04.2021**
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, Zukunft, FDP
und LINKE vom 24.06.2021
Vorlage: FB 23/0074/WP18

4 **Bauplanungsrechtliche Strategie Bebauungsplan Nr. 999A – Antoniusstraße –**
hier: mündlicher Bericht

5 **Aufhebung des Fluchtlinienplans Nr. 373 und Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 534**
hier: Programmberatung
Vorlage: FB 61/0229/WP18

6 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Rau eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die Vertreter*innen von Öffentlichkeit, Presse und Verwaltung. Er stellt durch Nachfrage bei den Fraktionen fest, dass die vereinbarte Vertretungsreihenfolge eingehalten wurde.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.08.2021, öffentlicher Teil

Da die Niederschrift vom 26.08.2021 den Ausschussmitgliedern noch nicht vorliegt, wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

zu 3 Wettbewerb KiTa und Sporthallen Franzstraße

Vorlage: E 26/0047/WP18

Herr Rau führt kurz in die Thematik ein und kündigt an, dass er diesen Punkt für die nächste Sitzung des Ausschusses am 04.11.2021 erneut auf die Tagesordnung setzen werde. Er bittet die Verwaltung, die notwendigen Beratungsunterlagen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, damit der abschließende Beschluss zur Durchführung des Wettbewerbs einschließlich Auslobung und Besetzung des Preisgerichts gefasst werden könne.

Für die Fraktion der Grünen äußert Herr Hucke Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Man bitte die Verwaltung darum, die Realisierungsphase bei Abriss und Tiefbau mit dem angrenzenden Neubauvorhaben soweit wie möglich zu verknüpfen. Außerdem bitte man nochmals um Prüfung, ob die Begrenzung der Flächen der KiTa auf die Vorgaben des LVR-Flächenprogramms so sinnvoll sei und bestehen bleiben solle.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 4 Einrichtung einer Stabsstelle 'Campus Aachen'
Ratsantrag der SPD-Fraktion im Rat vom 16.12.2020
Vorlage: FB 61/0217/WP18

Für die SPD-Fraktion dankt Herr Plum der Verwaltung für die Vorlage, in der nachvollziehbar dargelegt worden sei, dass eine Stabsstelle derzeit nicht erforderlich sei. Sollte hier zukünftig ein Bedarf entstehen, bitte man um Information, damit man eine ausreichende Ausstattung auch von politischer Seite unterstützen könne.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ratsantrag Nr. 015/18 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Aachen vom 16.12.2020 gilt damit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 4. Feuer- und Rettungswache - Standort Robert-Schuman-Straße/ Siegelallee;
hier: Grundsatzentscheidung
Vorlage: FB 61/0204/WP18

Für die SPD-Fraktion nimmt Herr Plum Bezug auf die bisherigen Beratungen und Abstimmungen zu diesem Vorhaben, in deren Verlauf man die ursprünglich große Skepsis zumindest teilweise abbauen können. Es bleibe jedoch Tatsache, dass es laut Brandschutzbedarfsplan die dringende Notwendigkeit für einen weiteren Standort für die Berufsfeuerwehr und den Rettungsdienst gebe, für die Freiwillige Feuerwehr bestehe dieser unmittelbare Handlungsbedarf jedoch nicht. Der Versuch, am Standort Siegel ebenfalls Räumlichkeiten für die Freiwillige Feuerwehr unterzubringen, verkompliziere die ohnehin nicht einfache Situation unnötig, insbesondere die Umweltbelange sprächen dafür, das Raumprogramm und damit den Flächenverbrauch hier auf die wirklich notwendigen Nutzungen zu beschränken. Dies hätten auch die vorberatenden Gremien bereits erkannt und sich daher dafür ausgesprochen, einen Umzug von Teilen der Freiwilligen Feuerwehr zum Standort Siegel nicht weiterzuverfolgen. Diesem Votum wolle man sich anschließen und beantrage zur Klarstellung eine entsprechende Präzisierung des Beschlusses.

Für die Fraktion der Grünen spricht sich auch Frau Brinner für eine solche Beschlussfassung aus. Aus feuerwehrafachlicher Sicht sei der Standort Siegel die einzige Möglichkeit, den dringenden Bedarf im Bereich der Berufsfeuerwehr und des Rettungsdienstes zu decken. Man präferiere grundsätzlich die Variante A3, da diese den geringsten Flächenverbrauch ausweise, sehe jedoch noch Möglichkeiten, die

Parkplatzflächen weiter zu reduzieren, beispielsweise durch ein Parkdeck. Man wolle die Verwaltung bitte, dies im weiteren Verfahren zu prüfen. Die Frage eines anderen Standorts für die Freiwillige Feuerwehr müsse vorläufig nicht entschieden werden, vorrangig sei es, die laut Brandschutzbedarfsplan erforderliche Versorgung und Abdeckung zügig herzustellen.

Für die Fraktion Die Zukunft kündigt Herr Allemann Zustimmung zu diesem Vorgehen an; auch die Präferenz für Variante A3 teile man, da hier der Baumschutz am besten berücksichtigt werde. Man sei froh, dass nun endlich eine Entscheidungsgrundlage vorliege, wolle aber auch nochmals darauf hinweisen, dass die Deckung eines seit 2018 bekannten dringenden Bedarfs nun voraussichtlich erst in 2025 gelingen könne. Man bitte die Verwaltung eindringlich darum, solche Planungsprozesse nach Möglichkeit zu verschlanken und zu beschleunigen.

Für die CDU-Fraktion betont Herr Baal, dass für dieses Vorhaben komplexe Rahmenbedingungen zu beachten seien, deren Klärung Zeit benötige. Die grundsätzliche Entscheidung, dieses Grundstück überhaupt einer anderen Nutzbarkeit zuzuführen, obwohl im Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes die Einschränkungen mehr als deutlich geworden seien, könne ohnehin nur vor dem Hintergrund des dringenden Bedarfs für die Feuerwehr getroffen werden. Zudem lägen noch nicht alle gutachterlichen Bewertungen der notwendigen Eingriffe vor, auch dies spreche dafür, das Volumen der geplanten Bebauung auf das dringend Notwendige zu begrenzen. Dies sei insbesondere ein Standort für die Berufsfeuerwehr, wenn möglich ergänzt um den Rettungsdienst. Für die Freiwillige Feuerwehr, die nach eigenem Bekunden lieber am heutigen Standort verbleiben bzw. in den Bereich Schanz umziehen wolle, existiere kein solcher Handlungsdruck, dass eine zusätzliche Belastung des Standorts Siegel gerechtfertigt erscheine. Die geäußerte Präferenz für die Variante 3 könne man grundsätzlich nachvollziehen. Bezüglich des Baumschutzes wolle man jedoch darauf hinweisen, dass die angegebene Anzahl der wegfallenden Bäume bereits Ersatzpflanzungen mitberücksichtige. Hier bitte man um eine deutliche Darstellung, damit nicht falsche Erwartungen geweckt würden. Zudem bitte man im Sinne der Gefahrenabwehr darum, zügig mit den benachbarten Schützenvereinen verbindliche Vereinbarungen zu treffen.

Für die Fraktion Die Linke schließt sich Herr Beus im Wesentlichen seinen Vorrednern an, es sei wichtig, den weiteren Planungsprozess nun zügig auf den Weg zu bringen. Die Festlegung auf eine bestimmte Variante halte man jedoch zum jetzigen Zeitpunkt für kontraproduktiv, es sei sinnvoller, den Planenden zunächst Freiraum für gute städtebauliche Lösungen unter Berücksichtigung der Umweltbelange, insbesondere des Baumschutzes zu geben.

Der Vorsitzende fasst die in der Diskussion vorgetragenen Ergänzungen und Prüfaufträge zusammen und lässt auf dieser Grundlage über einen geänderten Beschlussvorschlag abstimmen. Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er trifft die Grundsatzentscheidung, die 4. Wache für Berufsfeuerwehr und Rettungsdienst an dem Standort Robert-Schuman-Straße/Siegelallee zu errichten und die Verwaltung zu beauftragen,

- das Wettbewerbsverfahren vorzubereiten,
- auf Grundlage des Wettbewerbsergebnisses das erforderliche Bauleitplanverfahren durchzuführen und
- die betroffenen Akteur*innen und die Nachbarschaft in das Verfahren einzubinden

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt,

- im Rahmen der weiteren Planung alle Möglichkeiten zur Reduzierung der Parkflächen auszuschöpfen und
- eine verbindliche Klärung der vertraglichen Grundlagen mit den Schützenvereinen herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Bebauungsplan Nr. 997 -Kurbrunnenstraße/Bachstraße-**hier: Aufstellungs- und Offenlagebeschluss****Vorlage: FB 61/0228/WP18**

Für die Fraktion der Grünen kündigt Herr Hucke Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Man halte das dritte Gleis für immens wichtig und wolle daher diese Option für die zukünftige Entwicklung in jedem Fall sichern. Sollte hier zukünftig ein neues Brückenwerk entstehen, müsse hierfür eine qualitativ überzeugende sowie auch denkmalpflegerisch tragfähige Lösung gefunden werden. Man bitte die Verwaltung darum, rechtzeitig mit der Bahn in Gespräche einzutreten, um dies durch entsprechende Qualifizierungsverfahren sicherzustellen.

Für die SPD-Fraktion stimmt Herr Plum den Ausführungen von Herrn Hucke zu. Die Möglichkeit, ein drittes Gleis zu realisieren solle offengehalten werden, wobei eine zukünftige Entwicklung immer auch die Belange des unter Denkmalschutz stehenden Viadukts berücksichtigen müsse. Großen Handlungsbedarf sehe man zudem im Hinblick auf die Parkpalette, auch dies bitte man die Verwaltung nicht aus den Augen zu verlieren.

Für die Fraktion Die Linke schließt sich Herr Beus seinen Vorrednern an. Von großer Bedeutung sei aus seiner Sicht auch die geplante Rad-/ Fußwegeverbindung, der eine vom PKW-Verkehr unabhängige

Alternative zur heutigen, unbefriedigenden Situation schaffen könne. Es sei wichtig, dass die liegenschaftlichen Voraussetzungen geschaffen würden, um diese Verbindung zügig zu realisieren.

Für die CDU-Fraktion weist Herr Baal darauf hin, dass das dritte Gleis derzeit nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten sei. Dennoch halte man es im Sinne einer vorausschauenden Planung für richtig, diese Möglichkeit für Aachen offenzuhalten, daher werde man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung ebenfalls zustimmen.

Herr Rau regt an, die Verwaltung zusätzlich mit der Vorbereitung einer Vorkaufsrechtssatzung zu beauftragen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Bürger*innen sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschließt er die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes zur Innenentwicklung nach § 13 a BauGB Nr. 997 - Kurbrunnenstraße / Bachstraße- in der vorgelegten Fassung.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, eine Vorkaufsrechtssatzung für den Bereich auf den Weg zu bringen und in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Bebauungsplan Nr. 1000 N - Erweiterung Uniklinik

hier:

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie über das Ergebnis der erneuten Beteiligung gemäß § 4a (3) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB sowie über das Ergebnis der erneuten Beteiligung gemäß § 4a (3) BauGB
- Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 4a (3) BauGB
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Vorlage: FB 61/0231/WP18

Auf Nachfrage von Herrn Allemand bestätigt Frau Ohlmann, dass mit den beabsichtigten Festsetzungen ebenso wie mit den vertraglichen Regelungen das Wettbewerbsergebnis umgesetzt werde.

Für die CDU-Fraktion kündigt Herr Gilson Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung an. Bis zum Schluss sei viel Arbeit in diesem Bebauungsplan investiert worden; viele Erkenntnisse seien eingeflossen. Nun stehe man vor dem Satzungsbeschluss und hoffe, dass zügig mit der Realisierung begonnen werden könne. Man sei froh, ein solches Riesenprojekt auf den Weg gebracht zu haben und danke allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.

Für die SPD-Fraktion sieht Herr Plum in diesem Projekt einen entscheidenden Baustein, um die medizinische Versorgung Aachens und der Region auch in Zukunft auf neuestem Stand und höchstem Niveau halten zu können. Hierzu habe man mit der Umsetzung des Masterplans in Planungsrecht die Grundlage für ein qualitativ hochwertiges städtebauliches Umfeld geschaffen. Der Prozess habe sich gelohnt, auch wenn die Abstimmungen nicht immer einfach gewesen seien. Dem Dank an die Beteiligten könne seine Fraktion sich daher nur anschließen.

Für die Fraktion der Grünen betont auch Herr Hucke die Bedeutung dieses Projekts für die gesamtstädtische Entwicklung. Es komme nun darauf an, die Qualität des Wettbewerbsergebnisses in der Realisierung zu sichern und dabei auch den Anforderungen, die sich aus dem Denkmalschutz ergäben, Rechnung zu tragen.

Frau Burgdorff führt hierzu aus, dass zwar formal keine Abstimmungspflicht bestehe, man aber zuversichtlich sei, durch Gespräche und Querberatung eine qualitätvolle Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses erreichen zu können.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie über das Ergebnis der eingeschränkten Beteiligung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den Bebauungsplan Nr. 1000 N - Erweiterung Uniklinik - gemäß § 4a (3) BauGB wie folgt vereinfacht zu ändern:

- Reduzierung der Höhenfestsetzung im Bereich der Patientengärten (SO 1) auf 210,00 m ü. NHN,
- Reduzierung der Höhenfestsetzung im Bereich neben dem Eingangsgebäude (SO 2) auf 217,00 m ü. NHN,
- Überschreitung der im SO 1 festgesetzten maximalen Gebäudehöhe von 214,00 m ü. NHN durch Be- und Entlüftungsbauwerke um bis zu 7,0 m auf einer Grundfläche von je maximal 20 m² je Lüftungsbauwerk.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, «SINAME»

Ausdruck vom: 22.11.2021

Seite: 10/16

zurückzuweisen und den Bebauungsplan Nr. 1000 N - Erweiterung Uniklinik - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der geänderten Fassung als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 8 RA_616_17 - Digitaler Bauantrag - Teilnahme der Stadt Aachen am Bauportal.NRW
Vorlage: FB 63/0001/WP18**

Frau Clemens stellt die verantwortliche Projektleiterin im Fachbereich Bauaufsicht, Frau Lorenzen, vor.

Herr Rau betont, dass man sich auch in der Politik darüber im Klaren sei, welche Mammutaufgabe mit der Einführung des digitalen Bauantrags vor der Verwaltung liege und bietet die Unterstützung des Ausschusses an, falls diese erforderlich sein sollte.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung mit Vorbereitungen für die Teilnahme am digitalen Bauantragsverfahren des Landes, dem Bauportal.NRW, unter Berücksichtigung der technischen Voraussetzungen (inklusive der Einführung einer revisionssicheren E-Akte in der Bauaufsicht) zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilungen der Verwaltung liegen vor:

- Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 659 - Grünzug Haaren –
- ACademie für kollaborative Stadtentwicklung